

Antrag B-02
UB Düsseldorf**Empfehlung der Antragskommission**
Erledigt durch die Annahme von B-12**Der Landesparteitag möge beschließen:****STUDIERENDENWERKE AUSFINANZIEREN – HOCHSCHULEN ALS LEBENSRAUM ERHALTEN**

1 Die SPD Düsseldorf fordert die NRW SPD auf, sich für die
2 Ausfinanzierung der Studierendenwerke einzusetzen
3 und darauf hinzuwirken, Hochschulen wie Schulen und
4 Kindertagesstätten von den pauschalen Zielen zur En-
5 ergieeinsparung im öffentlichen Raum auszunehmen.
6 Des Weiteren soll Druck auf die Landesregierung aus-
7 geübt werden, möglichst bald eine Lösung für die Aus-
8 zahlung der 200 € Einmalzahlung an Studierende zu fin-
9 den, damit diese für die anstehende Heizkostenabrech-
10 nung auch zur Verfügung steht. Die NRW SPD soll sich
11 dafür stark machen, dass hierbei keine Entscheidung oh-
12 ne eine angemessene Mitsprache durch die Studieren-
13 denschaft getroffen wird.

14

15 Begründung

16

17 Schon während Corona hat sich gezeigt, wie wenig Stu-
18 dierende von der CDU-geführten Landesregierung mit-
19 gedacht wurden: Bibliotheken waren über lange Phasen
20 geschlossen und die Lehre massiv eingeschränkt. Gera-
21 de erst hatte sich der Alltag an den Hochschulen wieder
22 normalisiert, die Präsenzlehre schien gesichert und For-
23 schung war ohne Einschränkungen möglich.

24 Doch nun wird Lehre und Forschung erneut massiv ein-
25 geschränkt, ohne dass die Lebenssituation der Studie-
26 renden ausreichend in den Blick genommen wurden.

27

28 Die Geldnot der Studierendenwerke kommt nicht von
29 ungefähr. Lange schon setzten diese sich an der Seite der
30 Studierendenschaft für ihre Ausfinanzierung ein, wes-
31 halb ausdrücklich betont werden soll, dass sich der Ap-
32 pell nicht gegen die Studierendenwerke richtet. Zu lange
33 ist dort nichts passiert: Die Kosten und die Zahl der Stu-
34 dierenden nahmen zu, ohne dass die Finanzierung durch
35 das Land entsprechend erhöht wurde.

36

37 Nun muss die Landesregierung endlich reagieren! Die
38 Studierendenwerke sind gezwungen, die Teuerungen
39 bei Lebensmitteln und Energie an die Studierendens-
40 chaft weiterzugeben und die damit sowieso schon an-
41 gespannte finanzielle Lage der Studierenden noch wei-
42 ter zu verschärfen. Es ist nicht hinzunehmen, dass Essen
43 in der Mensa um bis zu 30 % teurer und Mieten in Stu-
44 dierendenwohnheimen erhöht werden. Das Land muss
45 nachhaltig Abhilfe schaffen und mehr Geld für Studie-
46 rendenwerke bereitstellen.

47

48 Stattdessen spart die Landesregierung auch noch im
49 Herzen der universitären Forschung, indem Bibliothe-
50 ken wie an der Heinrich-Heine-Universität, inklusive der
51 Universitäts- und Landesbibliothek, früher schließen.
52 Diese Entscheidung wurde offensichtlich ohne Studie-
53 rende und damit fernab von studentischen Lebensrea-
54 litäten gefällt. Berufsbegleitendes Studieren oder auch
55 nur der Minijob, um die Kostenexplosion zu stemmen,
56 ist nicht mit dem Studium vereinbar, wenn beispie-
57 lweise die Fachbibliothek Rechtswissenschaften am Wo-
58 chenende schon um 16 Uhr schließt. Die Universität
59 muss von der pauschalen 20%-Regelung ausgenommen
60 werden oder es müssen weniger einschneidende Ein-
61 sparpotentiale aufgetan werden, die nicht die Qualität
62 von Lehre und Forschung bedrohen.

63

64 Der Bund ist mit der Verkündung der Einmalzahlung für
65 Studierende über 200 € einen ersten wichtigen Schritt
66 gegangen, doch nützt das Geld nichts, wenn es erst im
67 nächsten Sommer an- kommt. Die finanziellen Engpäs-
68 se bei Studierenden werden im Winter besonders hart
69 und müssen akut abgedeckt werden. Dabei ist auch
70 klar: Langfristig ist der Lage nur mit einer grundlegen-
71 den Reform des BAföG beizukommen. Wer jetzt erwar-
72 tet, dass die für die Höhe des BAföG relevanten Löhne
73 von Geschwistern Studierenden über den Winter helfen,
74 ignoriert die Hilferufe der Studierendenschaft absicht-
75 lich.

76

77 Das Sparen an der Zukunft muss ein Ende haben. Eine
78 Rückkehr in Praxen, die schon während der Coronapan-
79 demie nicht praktikabel waren, muss verhindert wer-
80 den. Der Hochschule und den Studierenden muss end-
81 lich die Bedeutung als Bildungseinrichtung zukommen,
82 die sie für unser Land haben. Wie auch während Coro-
83 na trägt die Studierendenschaft solidarisch notwendige
84 Maßnahmen mit, doch darf dadurch das Studium nicht
85 gefährdet werden.